## Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben



Titel der Drucksache:

Zuarbeiten zur Drucksache 0704/15 -Haushaltssatzung 2015 und Haushaltsplan 2015

Drucksache	1313/15
	öffentlich

Beratungsfolge	Datum	Behandlung
Stadtrat	24.06.2015	öffentlich

## Informationsaufforderung

## Sachverhalt

In der Abschlussberatung des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben am 16.06.2015 wurde in Bezug auf die Drucksache 1164/15 – Zusammenfassung der Stellungnahmen aus den Anhörungen der Ausschüsse zum Haushaltsplanentwurf 2015 – und Drucksache 1201/15 – Stellungnahmen der Verwaltung zu Änderungs- und Begleitanträgen zur DS 0704/15 – Haushaltssatzung 2015 und Haushaltsplan 2015 – um folgende Stellungnahmen für eine bessere Entscheidungsfindung im Stadtrat am 24.06.2015 gebeten:

- 1. Es wird um die Ergänzung Juli bis Dezember 2015 der Auflistung des Bundesfreiwilligendienstes gebeten. (siehe Stellungnahme Anhörung HAS 19.05.2015)
- 2. Eine Begründung zur Notwendigkeit der sieben vollbeschäftigten Neueinstellungen in der zentralen Bußgeldstelle ist vorzulegen sowie deren Aufgabenfelder. (siehe Stellungnahme Anhörung HAS 19.05.2015)
- 3. Zum Rahmenvertrag des Städte- und Gemeindebundes bei der Deutschen Telekom AG wird um eine nähere Erläuterung bezüglich des Inhaltes und Umfangs (Internetgebühren, Fernsprechgebühren etc.) gebeten. Des Weiteren ist darzulegen, ob durch eine Neuverhandlung eine Einsparung erzielt werden kann. (siehe Stellungnahme Anhörung KAS 19.05.2015)
- 4. Eine Untersetzung der zwingend notwendigen Mittel in Höhe von 100.000,00 EUR im Bereich Rathausbrücke ist darzustellen. (gemeinsamer ÄA Nr. 2 Fraktion SPD, Fraktion DIE LINKE., Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

DA 1.15 Drucksache : **1313/15** Seite 1 von 2

- 5. Zu den zwei Änderungsanträgen (Fraktion SPD, Fraktion DIE LINKE., Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) die erst in der Abschlussberatung vorlagen, ist eine Stellungnahme der Verwaltung nachzureichen.
- 6. Der IST-Stand der HHSt. 90000.02100 Vergnügungssteuer ist vorzulegen. Was haben die drei Prozesse (gerichtliches Verfahren) im Bereich Vergnügungssteuer und deren Ergebnisse an Sondereinnahmen erbracht? Ist dies ein einmaliger Effekt? (gemeinsamer ÄA Nr. 2 Fraktion SPD, Fraktion DIE LINKE., Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Stellungnahmen sind allen Fraktionen bis spätestens zum Montag dem 22.06.2015, 16:00 Uhr, vorzulegen.

17.06.2015, gez. i. A.	(Schriftführer/in)

Datum, Unterschrift

Anlagenverzeichnis

Drucksache: 1313/15 Seite 2 von 2